

Vorbild Bayern? Die Isolation von Geflüchteten bleibt Programm der Stadtverwaltung Göttingen



Hilfe für Geflüchtete e.V.

Göttingen, den 11. April 2018

Initiativen, Geflüchtete und Unterstützer*innen in Göttingen sind empört über die Planung der Stadtverwaltung, den Betrieb der Notunterkunft Siekhöhe nochmals zu verlängern. Ende November 2017 versicherte Sozialdezernentin Broistedt auf einem Koordinator*innentreffen des Migrationszentrums, die Siekhöhe werde bis Ende 2018 geschlossen. Nun folgt die nächste Kehrtwende.

„Die Stadt kann sich nicht damit rausreden, dass ihr angeblich die Plätze zur Unterbringung fehlen“, erklärt Kristina Becker, Vorsitzende des Vereins Refugee Network Göttingen. „Die Stadt selbst hat Plätze in anderen Unterkünften abgebaut und dabei gegen jede Vernunft Einrichtungen geschlossen, die – trotz aller Nachteile von Gemeinschaftsunterkünften – weit besser für eine Unterbringung geeignet sind als die Lagerhalle am Stadtrand.“

Auch die Aufnahme weiterer Geflüchteter in Göttingen ist keine Überraschung. Die Zuweisungszahlen sind der Stadt Göttingen seit langem durch die Landesaufnahmebehörde Niedersachsen bekannt. Die Unterbringung in Göttingen ist daher plan- und vorhersehbar.

Wenn die Stadtverwaltung nun den Betrieb der Halle nochmals verlängern will, lässt das nur den Schluss zu, dass die Stadtverwaltung von Anfang an geplant hatte, die Siekhöhe für mindestens fünf Jahre (die Mietdauer der Halle) zu betreiben. Eine Zwangslage behauptet die Stadt nur, weil sie genau weiß, wie hochproblematisch die Unterbringung in der Lagerhalle ist. Nur durch die wiederholte Behauptung, die Siekhöhe bestehe befristet, kann die Stadtverwaltung die politischen Entscheidungsträger*innen überhaupt noch dazu bringen, die Betriebsdauer zu verlängern. Dass sich im Frühjahr 2019 dann dasselbe Spiel wiederholen wird, ist schon jetzt offensichtlich. „Für die Stadtverwaltung gilt offenbar: Isolation in Lagern können nicht nur die Bayern. Das machen wir in Göttingen schon seit Jahren“, sagt Schatzmeisterin Lena Hennig.

Die Kritikpunkte, die die Siekhöhe seit ihrer Einrichtung begleiten, sind bekannt: Bei der Siekhöhe handelt es sich um eine Unterbringung auf Turnhallen-Niveau.¹ Die Halle wurde Ende 2015 geplant, als die Balkanroute noch offen und die Zahl der aufzunehmenden Flüchtlinge nicht abzuschätzen war. Es handelte sich von Beginn an um eine Notunterbringung in einer Ausnahmesituation. Diese Ausnahmesituation war schon bald nicht mehr gegeben. Andernorts wurden die Turnhallen und Baumärkte so rasch wie möglich geschlossen, als die Zuweisungszahlen sanken und angemessenere Formen der Unterbringung eingerichtet werden konnten. In der Universitätsstadt Göttingen hingegen wurde diese rudimentäre Form der Unterbringung nicht nur verstetigt, sondern auch gegen jedes rationale Argument zu einem angeblichen Vorzeigemodell erhoben.

¹Alle Pressemitteilungen hier: <http://www.refugee-network-goettingen.de/siekhoehe/>

Die Bezeichnung der Siekhöhe als „Wohnanlage“² belegt den Zynismus einer kaltherzigen Verwaltung, der es ganz offenbar an grundlegendem Vorstellungsvermögen und jeder Empathie mangelt, sich in die Lage derjenigen zu versetzen, die in dieser Halle untergebracht sind. Eine fensterlose Großraumhalle mit Mehrbettabteilen und offener Deckenstruktur, Umzäunung und Security-Überwachung ohne die Möglichkeit der Selbstversorgung ist keine „Wohnlage“, sondern ein Lager. Und in einem Flüchtlingslager wird nicht gewohnt. Denn die in den Lagern Unterbrachten haben nicht die Möglichkeit, ihr Leben und ihren Lebensmittelpunkt frei und selbstbestimmt zu gestalten. Zum Wohnen gehört ein Mindestmaß an Selbstbestimmung stets zwingend dazu. Dagegen ist die fortgesetzte Unterbringung in der Siekhöhe menschenunwürdig.

Dabei gab und gibt es Alternativen zur Siekhöhe. „Diese Alternativen, sei es die ehemalige Voigtschule oder das IWF am Nonnenstieg, sind aber von der Stadt offenbar nicht gewollt“, stellt Schriftführerin Anna Knapp fest. Und wenn es um das Wohnen in eigenen Wohnungen geht, ist keinerlei Bemühen der Stadtverwaltung erkennbar.

Beispiele, wie man es besser machen könnte, gibt es einige. Während etwa die Stadt Hannover ein Auszugsmanagement installiert hat, mit dem kommunale Sozialarbeiter*innen den Übergang in eigene Wohnungen aktiv unterstützen³, fehlen solche Ansätze in Göttingen völlig. Stattdessen legt das Wohnungsamt Geflüchteten und Unterstützer*innen immer wieder Steine in den Weg, wenn Wohnungen in Aussicht stehen. Während die Samtgemeinde Sögel (LK Emsland) eine Bürgergenossenschaft initiiert hat⁴, um Häuser für Geflüchtete und andere Wohnungssuchende zu bauen, gibt es in Göttingen keine vergleichbaren Schritte von Politik und Verwaltung, gemeinsam mit der Zivilgesellschaft aktiv zu werden. Im Gegenteil, es bleibt weiterhin der Eindruck, dass das Engagement der freiwilligen Unterstützer*innen nur dann gern gesehen ist, so lange es der Verwaltungslogik der Stadt nicht entgegensteht. Dies aber ist keine Entwicklung, die dem Ruf einer weltoffenen Universitätsstadt gerecht wird.

Wir als Göttinger Initiativen, Geflüchtete und Unterstützer*innen werden uns daher weiterhin für die sofortige Schließung der Notunterkunft Siekhöhe einsetzen.

Solidarität statt Ausgrenzung! Integration statt Isolation!

Refugee Network Göttingen – Hilfe für Geflüchtete e.V.

Kontakt: Kristina Becker | k.becker@refugee-network-goettingen.de

²Beschlussvorlage der Stadtverwaltung für die Sitzung des Sozialausschusses am 12. April 2018, online unter: <https://ratsinfo.goettingen.de/bi/vo020.asp?VOLFDNR=16581>.

³Vgl. Landeshauptstadt Hannover, Ankommen – unterstützen – miteinander leben. Flüchtlingszuwanderung nach Hannover. Zwischenbilanz und Ausblick, September 2016.

⁴Siehe <http://refugees.soegel.de/fuer-buerger/buergergenossenschaft>.